

**2. Treffen der für Integrationsfragen zuständigen Ministerinnen und Minister  
sowie Senatorinnen und Senatoren der Länder  
am 10. April 2008 in Kiel  
Ergebnisniederschrift**

<b>TOP 1</b>	<b>Erster Umsetzungsbericht zum Länderbeitrag im Nationalen Integrationsplan, Indikatorenentwicklung und Monitoring</b>
<b>Antragsteller:</b>	Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein
<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Einstimmig beschlossen
<b>Veröffentlichung:</b>	Freigabe Beschluss
<b>Beschluss:</b>	
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Länder zeigen mit ihrem gemeinsamen Beitrag für den Nationalen Integrationsplan, dass sie sich der Herausforderung der Integration für den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft in großer Geschlossenheit und mit hohem Einsatz stellen.</li> <li>2. Die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder werden bis Herbst 2008 einen länderübergreifenden ersten Bericht zur Umsetzung ihrer Selbstverpflichtungen im Nationalen Integrationsplan erarbeiten. In diesem Umsetzungsbericht soll aufgezeigt werden, inwieweit mit den Selbstverpflichtungen verfolgte Ziele erreicht worden sind bzw. was zur Zielerfüllung auf den Weg gebracht worden ist. Der Umsetzungsbericht wird außerdem zwei Handlungsfelder vertiefender betrachten: die frühkindliche Förderung in Kindertagesstätten sowie die Integration in das Erwerbsleben. Die Erarbeitung des Umsetzungsberichtes erfolgt unter Federführung der Länder Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.</li> <li>3. Die für Integrationsfragen zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren unterstreichen die Notwendigkeit eines verbesserten Integrationsmonitorings. Sie streben, sofern es die Datenlage erlaubt, eine regelmäßige Auswertung des Mikrozensus zum Stand der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund / Zuwanderungsgeschichte auf einheitlicher Grundlage an. Sie prüfen den weiteren Bedarf an ergänzenden statistischen Informationen und Erhebungen. Sie richten zu diesem Zweck eine länderoffene Arbeitsgruppe unter Leitung der Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen ein, zu der neben Vertretern des Bundes auch Experten eingeladen werden. Auftrag der Arbeitsgruppe ist es, in Abstimmung mit dem Bund eine einheitliche Definition des Merkmals Migrationshintergrund zu erarbeiten, notwendige Statistikänderungen zu benennen sowie Integrationsindikatoren abzustimmen.</li> <li>4. Die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder fordern den Bund auf, sicherzustellen, dass die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund / Zuwanderungsgeschichte im Zensus 2011 ausreichend erfasst wird.</li> </ol>	

**2. Treffen der für Integrationsfragen zuständigen Ministerinnen und Minister  
sowie Senatorinnen und Senatoren der Länder  
am 10. April 2008 in Kiel  
Ergebnisniederschrift**

<b>TOP 2</b>	<b>Zwischenbericht zum Handlungsfeld „Frühkindliche Förderung in Kindertagesstätten“ des Länderbeitrages im Nationalen Integrationsplan</b>
<b>Antragsteller:</b>	Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen
<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Einstimmig beschlossen
<b>Veröffentlichung:</b>	Freigabe Beschluss
<b>Beschluss:</b>  Die Länder nehmen den Zwischenbericht zum Handlungsfeld „Frühzeitige Förderung in Kindertageseinrichtungen“ zustimmend zur Kenntnis.	

**2. Treffen der für Integrationsfragen zuständigen Ministerinnen und Minister  
sowie Senatorinnen und Senatoren der Länder  
am 10. April 2008 in Kiel  
Ergebnisniederschrift**

<b>TOP 3</b>	<b>Zukünftige Arbeitsweise</b>
<b>Antragsteller:</b>	Niedersachsen
<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Einstimmig beschlossen bei Enthaltung der Länder BW, BY
<b>Veröffentlichung:</b>	Freigabe Beschluss
<b>Beschluss:</b>  Die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder empfehlen den Regierungschefs der Länder eine Integrationsministerkonferenz als Fachministerkonferenz einzurichten, um die kontinuierliche Zusammenarbeit der Länder in integrationspolitischen Angelegenheiten sicherzustellen.	

**2. Treffen der für Integrationsfragen zuständigen Ministerinnen und Minister  
sowie Senatorinnen und Senatoren der Länder  
am 10. April 2008 in Kiel  
Ergebnisniederschrift**

<b>TOP 4</b>	<b>Standortbestimmung Integrationspolitik</b>
<b>Antragsteller:</b>	Schleswig-Holstein
<p>Der Beschlussvorschlag wurde von SH zurückgezogen.</p> <p>Nach Einführung durch NW berichten BM Dr. Schäuble und StMin Prof. Dr. Böhmer über die Deutsche Islam Konferenz, die Auswirkungen der Änderung des Aufenthaltsgesetzes beim Ehegattennachzug, die Änderung der Integrationskursverordnung, den Zeitplan zum Umsetzungsbericht Nationaler Integrationsplan sowie geplanter Indikatoren zur Messung des Erfolgs der Integrationspolitik. Anschließend berichten die Länder. Dabei geht es vor allem um das veränderte Klima zwischen Zuwanderern und Aufnahmegesellschaft.</p>	

**2. Treffen der für Integrationsfragen zuständigen Ministerinnen und Minister  
sowie Senatorinnen und Senatoren der Länder  
am 10. April 2008 in Kiel  
Ergebnisniederschrift**

Teilnehmerliste:

Ländervertreter:

Berlin	Dr. Knake-Werner	Heidi
Baden-Württemberg	Steindorfner	Michael
Bayern	Seitz	Friedrich
Brandenburg	Hauk	Andreas
Bremen	Heintze	Erhard
Hamburg	Schnieber-Jastram	Birgit
Mecklenburg-Vorpommern	Sellering	Erwin
Niedersachsen	Schünemann	Uwe
Nordrhein-Westfalen	Laschet	Armin
Rheinland-Pfalz	Dreyer	Malu
Saarland	Kramp-Karrenbauer	Annegret
Sachsen	Dr. Hauser	Albert
Sachsen-Anhalt	Hövelmann	Holger
Schleswig-Holstein	Hay	Lothar

entschuldigt: Hessen, Thüringen

Gäste zu TOP 4:

Bund	Dr. Schäuble	Wolfgang
Bund	Prof. Dr Böhmer	Maria